

# KDFB – INFORMATIONEN 2/2008



## Bundesverband

### Bundesausschuss

- 2 Frauen für den Klimaschutz

### Beschlüsse des BAS

- 3 Frauen für den Klimaschutz  
5 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit  
5 Erzieherinnen und Erzieher besser qualifizieren  
6 Position des KDFB zum Rentenmodell einiger katholischer Verbände  
8 Neuberufung der Kommissionen  
8 Drei weitere Mitglieder in BAS kooperiert

### Pressemitteilungen

- 9 Stammzellgesetz: Frauenbund enttäuscht über Bundestagsentscheidung  
10 Europäischer Rat: Lebensrecht mit Selbstbestimmungsrecht vereinbaren  
11 Equal Pay Day: Gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit  
12 Weltfrauentag: Viel geschafft, aber noch immer Defizite  
13 Bayr. Landesverband: Opfer von Zwangsprostitution besser schützen

### Tag der Diakonin

- 14 Diakoninnenamt: Es ist höchste Zeit!

### Frauenpredigt-Wettbewerb

- 15 Beiträge bis Ende Mai einreichen

### Namen

- 16 Verena Kitz

### Mitgliederzeitschrift

- 16 Themenvorschau 06/08 – 08 + 09/08

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Katholischer Deutscher Frauenbund  
- Bundesgeschäftsstelle -  
Kaesenstraße 18 - 50677 Köln  
Telefon: (0221) 86092-0  
Fax: (0221) 86092-79  
Email: bundesverband@frauenbund.de  
Internet: www.frauenbund.de

### Redaktion:

Gabriele Klöckner  
gabriele.kloeckner@t-online.de

**Bundesausschuss****Frauen für den Klimaschutz**

Mit dem Klimawandel hat sich der Bundesausschuss (BAS) des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) Anfang April in Berlin befasst. Der Studienteil wurde in Kooperation mit der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB) und unter Mitwirkung des VerbraucherServices und der Landfrauenvereinigung des Frauenbundes veranstaltet. Referentinnen waren unter anderem die Parlamentarische Staatssekretärin und CDU-Bundestagsabgeordnete Ursula Heinen, die die Mitglieder des BAS im Bundeslandwirtschaftsministerium empfing, sowie die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert, Mitglied des Verbraucherausschusses des Bundestages.

Dabei ging es vor allem um die Themen Einsatz von alternativen Energien, den sogenannten E 10-Kraftstoff (Normalbenzin, dem 10 Prozent Biosprit beigemischt werden sollen), Auswirkungen von Biokraftstoffen auf die Umwelt, die Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen im Rahmen der Umweltpolitik und die Möglichkeiten, sich als VerbraucherInnen aktiv für den Klimaschutz einzusetzen.

Maja May, Bundesvorsitzende der Landfrauenvereinigung im KDFB, stellte die Problematik der Palmölproduktion und die daraus entstehenden Umweltschäden zur Diskussion - ein Thema, mit dem sich die Landfrauenvereinigung intensiv beschäftigt. Der Film „Fette Beute – Palmölproduktion in Indonesien“ von Inge Altmeier veranschaulichte drastisch, wie negativ sich die Förderung auch von nachwachsenden Energie-Rohstoffen auswirken kann. Palmöl dient unter anderem als Rohstoff für die Produktion von Biokraftstoffen. Für den Anbau der Ölpalmen werden Regenwälder abgeholzt und durch großflächige Brandrodungen Lebensräume von Mensch und Tier vernichtet. Monokulturen und der Einsatz von Pestiziden und Kunstdüngern wirken sich negativ auf das Ökosystem aus. Ein hoher Energieaufwand bei der Gewinnung und weite Transportwege machen das Palmöl zu einem Klimakiller.

Ursula Heinen bezeichnet diese Entwicklung vor allem in Indonesien und Brasilien als alarmierend. Deutschland sei auf den Import von Biokraftstoffen angewiesen. Es könne aber nicht sein, dass dadurch in anderen Regionen die Umwelt massiv geschädigt werde. Die Bundesregierung setzte sich daher dafür ein, dass zukünftig nur noch Kraftstoffe mit Nachhaltigkeitszertifikat eingeführt werden dürfen.

Dass Bürger und Bürgerinnen großen Konzernen gegenüber nicht ohnmächtig sind, zeigten Theresia Runde und Katja Walter von der Katholischen Landjugendbewegung (KLJB). Die KLJB, der sich national und international für eine nachhaltige Umweltpolitik engagiert, habe zusammen mit anderen Jugendverbänden mehrere Kampagnen gestartet, um Jugendliche für das Umwelt-Thema zu sensibilisieren und zu einer Änderung ihres Konsumverhaltens anzuregen. Auf den Aufruf zu einem Boykott von Coca-Cola-Produkten zum Beispiel habe der Konzern sehr schnell reagiert und den Kontakt zu den Jugendverbänden gesucht.

Auch Marianne Wolf, Umweltberaterin des VerbraucherService in der Diözese Passau, wies auf erfolgreiche Kampagnen des KDFB wie Wasser- oder Stromsparaktionen hin. „Wir müssen Alltagsverhalten ändern“, so KDFB-Frau Mechthild Rawert. „Wir müssen als VerbraucherInnen aber auch die Chance haben, etwas zu tun.“ Die Politikerin sprach sich daher für Gütezeichen

aus, die von unabhängigen Sachverständigen überprüft werden, um VerbraucherInnen Entscheidungen zu erleichtern. Außerdem müssten klimafreundliche Geräte gefördert werden, damit diese Produkte auch marktfähig und gekauft werden.

In einem Antrag an die Bundesregierung forderte der Bundesausschuss eine konsequente Klimaschutzpolitik in Deutschland. Das vom KDFB-Bundesvorstand eingebrachte Arbeitspapier mit dem Titel „Frauen für den Klimaschutz“ fordert unter anderem eine Änderung der Förderpolitik, damit keine fehlgesteuerten Anreize in Landwirtschaft und Industrie geschaffen werden, die sich klimaschädigend auswirken; eine deutliche Verstärkung der Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur effizienteren Energienutzung sowie den Ausbau der Forschung auf dem Gebiet neuer Energietechniken. Nach kontroverser Diskussion forderten die Frauen auch mehrheitlich das Festhalten am beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergienutzung und die Einführung eines generellen Tempolimits „130“ auf Autobahnen.

Seine Mitglieder ruft der KDFB auf, Energie einzusparen und effizienter zu nutzen; durch Informationen die Bewusstseinsbildung in energiepolitischen Fragen zu verstärken und durch konkrete Kampagnen eine Änderung des Alltagsverhaltens zu bewirken. „In den nächsten Monaten wollen wir eine konkrete nachweisbare Strategie entwickeln und als Kampagne umsetzen. Es reicht erfahrungsgemäß nicht, Forderungen nur an die Politik zu stellen – beim Klimaschutz können und müssen wir auch selbst mit gutem Beispiel voran gehen“, erklärte Fischbach abschließend.

*Redaktion: Gabriele Klöckner / Susanna Biskup*

### Beschlüsse des BAS

#### Frauen für den Klimaschutz

Der Klimawandel stellt gegenwärtig die wohl umfassendste Gefährdung der Lebensgrundlagen der heutigen und kommenden Generationen dar. Immer deutlicher wird erkennbar, wie der Mensch mit globalen Auswirkungen in das Klimasystem eingreift und wie dies auf die ökologischen, sozialen und räumlichen Existenzgrundlagen zurückwirkt.

Eine neue Klima- und Energiepolitik duldet keinen weiteren Aufschub. Als große Industrienation gehört Deutschland mit zu den Hauptverursachern des Klimawandels.

Beim Pro-Kopf-Ausstoß an Treibhausgasen liegt Deutschland um das 2,5fache über dem weltweiten Durchschnitt. Deutschland muss diesen Ausstoß bis 2020 drastisch reduzieren. Um dieses Reduktionsziel zu erreichen, braucht die Wirtschaft klare, langfristige und verbindliche politische Rahmenbedingungen. Wir rufen die Bundesregierung dazu auf, ein Klimaschutzprogramm vorzulegen, das folgende zentrale Punkte enthält:

- Änderung der Förderpolitik, so dass keine fehlgesteuerten Anreize geschaffen werden, die Klimaschädigungen verstärken
- deutliche Verstärkung der Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur effizienteren Energienutzung
- Stärkere Fokussierung der Forschung auf dem Gebiet neuer Energietechniken
- zügiger Ausbau der erneuerbaren Energien

- Festhalten am beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergienutzung
- Gewinnung und Einsatz von Biomasse unter nachhaltigen Kriterien. Dies gilt nicht nur beim Import, sondern auch bei der heimischen Produktion
- Sicherstellung einer extern überprüften Labelzertifizierung
- Einführung eines generellen Tempolimits „130“ auf Autobahnen.

Darüber hinaus muss sich Deutschland weiter in der EU für einen konsequenten Klimaschutz einsetzen.

Wir nehmen unsere Verantwortung ernst und verpflichten uns als Frauenbund zum aktiven Klimaschutz. Wir rufen unsere Verbandsmitglieder auf:

- in der öffentlichen Klimadebatte ihre Position energisch zu vertreten
- Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur effizienten Energienutzung zu ergreifen
- Bewusstseinsbildung in energiepolitischen Fragen zu forcieren und zu konkreten Handlungsstrategien zu motivieren

### **Begründung:**

Der Klimawandel ist in mehrfacher Hinsicht eine Frage der Gerechtigkeit: global, intergenerational und geschlechtsbezogen.

Die Lasten des Klimawandels sind sehr ungleich verteilt. Die ärmeren Staaten haben bislang weit weniger zum Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase beigetragen als die Industriestaaten, denen es zudem leichter fällt, sich den Folgen des Klimawandels anzupassen. Der Klimawandel hat eine globale Dimension. Klimaschädliches Verhalten wirkt sich insbesondere mittel- und langfristig aus. In mehreren Jahrzehnten wird spürbar werden, dass heute große Mengen Treibhausgase in die Atmosphäre abgegeben wurden. Nachkommende Generationen werden die Leidtragenden des heutigen Verhaltens sein. Der Klimawandel hat eine intergenerationelle Dimension.

Männer und Frauen sind unterschiedlich von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen und unterschiedlich an Maßnahmen zum Klimaschutz beteiligt. Frauen sind in umweltpolitischen Entscheidungsprozessen nicht angemessen repräsentiert. Im Umweltbewusstsein und beim Umweltverhalten sind deutliche Geschlechterunterschiede festzustellen. Diesen wird in der Kommunikation von Nachhaltigkeits- und Umweltkonzepten kaum Rechnung getragen. Der Klimawandel hat eine Genderdimension.

## Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

Der Katholische Deutsche Frauenbund fordert die Bundesregierung auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die immer noch vorhandene Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern bei gleichwertiger Arbeit und Qualifikation zu beheben.

### **Begründung:**

Frauen verdienen durchschnittlich 15 Prozent weniger in Europa bzw. 22 Prozent weniger in Deutschland – und das trotz gleicher, teilweise sogar besserer Ausbildung und gleicher Arbeit. Verschiedene Studien haben deutlich gemacht, dass im internationalen Vergleich die Lohnneinbußen von Frauen in jenen Ländern besonders groß sind, wo Frauen erziehungsbedingt ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen. Dies betrifft Deutschland in besonderem Maße.

Daher begrüßt der Katholische Deutsche Frauenbund das Aktionsprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen

### Hinweis

Zur Entgeltgleichheit siehe auch

- Pressemitteilung des KDFB zum Equal Pay Day in der Rubrik „Bundesverband“, Seite 11
- Deutscher Frauenrat in der Rubrik „Verbände“, Seite 2
- Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung in der Rubrik „Verbände“, Seite 6
- Rubrik „Nachrichten“, Seite 2 ff

## Erzieherinnen und Erzieher besser qualifizieren

Der KDFB unterstützt die Qualifizierungsoffensive der Bundesregierung. Bildung und Qualifizierung sind die Schlüssel für die Zukunft unseres Landes und aller Menschen. Über die individuelle Berufsperspektive hinaus stiftet Bildung Orientierung, Identität und vor allem gesellschaftliche Teilhabe.

Der Katholische Deutsche Frauenbund sieht besonderen Qualifizierungsbedarf für Erzieherinnen und Erzieher.

- Deshalb setzt er sich für verbesserte Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für Erzieherinnen und Erzieher ein, um die Bedeutung von frühkindlicher Bildung und Betreuung zu unterstreichen und die gesellschaftliche Akzeptanz von Berufen des Erziehungsbereiches voran zu bringen.
- Dazu gehört nach unserer Auffassung die Stärkung des Berufsbildes von Erzieherinnen und Erziehern, auch durch eine Anhebung des Lohnniveaus.

### **Begründung:**

Bildung beginnt mit dem ersten Lebenstag und ist und bleibt die vorrangige Aufgabe der Eltern. Aber auch Orte frühkindlicher Bildung – Kindertageseinrichtungen oder Tagespflegestellen – ha-

ben neben der Familie einen besonderen Auftrag: sie können Kinder, gerade auch aus bildungsfernen Familien, fördern, bereits bestehende Benachteiligungen rechtzeitig erkennen und abbauen. Keine Gesellschaft kann es sich auf Dauer leisten, dass ihre Kinder immer stärker von „Sprachlosigkeit“ betroffen sind. Deshalb fordern wir verlässliche Instrumente zur Sprachstandsdiagnostik – und Fachpersonal (Erzieherinnen und Erzieher), das damit umzugehen weiß. Die Aufgabe der Politik ist es, Bildungschancen für unsere Kinder in allen Lebensbereichen zu ermöglichen, von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung. Allen jungen Menschen den Zugang zu höherer Bildung zu eröffnen verstehen wir Frauenbundsfrauen als nachhaltige Zukunftsvorsorge

### **Position des KDFB zum Rentenmodell einiger katholischer Verbände (Stand April 2008)**

#### **A. Ziele des KDFB**

Der KDFB tritt ein für eine eigenständige Alterssicherung von Frauen und verfolgt dabei zwei Ziele:

- die Altersarmut von Frauen zu vermeiden und
- die Lebensleistung von Frauen gerechter als heute in der Rente
- widerzuspiegeln.

Dazu zählen bessere Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Ausbau der Anerkennung von Kindererziehungs- und Pflegeleistungen und die Einführung eines echten Splittings von Rentenanwartschaften während der Ehe. Ein Abbau der Hinterbliebenenrente darf erst dann vorgenommen werden, wenn die Ziele erreicht sind.

#### **B. Rentenmodell einiger katholischer Verbände (bisher Cappuccino-Modell)**

Das Rentenmodell einiger katholischer Verbände setzt sich aus drei Stufen zusammen:

1. Sockelrente für alle Einwohner und Einwohnerinnen
2. beitragsorientierte Arbeitnehmer-Pflichtversicherung
3. betriebliche und private Altersvorsorge.

Im Argumentationspapier des KDFB zum Cappuccino-Modell, Stand März 2005, sind die wesentlichen Argumente zusammengefasst, die auch heute noch gegen das Cappuccino-Modell sprechen.

Dieses Modell wurde inzwischen im Auftrag der fünf federführenden Verbände vom „ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München“ durchgerechnet, allerdings mit einigen Modifikationen zum Modell von 2005. Die Sockelrente wird jetzt nur noch mit 345 Euro brutto (314 Euro netto), statt früher 410 Euro, angesetzt und entspricht damit der Sozialhilfe ohne Kosten für Wohnung. Mit dem Bezug der Sockelrente entfällt die Witwenrente. Die Arbeitgeber werden erheblich entlastet - ohne Garantie, dass diese Entlastung den Versicherten zugute kommt. Das ifo Institut hat die Finanzierbarkeit der Umstellung (bei anfänglichen Mehrkosten) zwar grundsätzlich angenommen, aber eine Reihe kritischer Punkte angemerkt.

## C. Kernpunkte der Kritik

Nach wie vor sind die wichtigsten Kritikpunkte aus Sicht der Frauen nicht ausgeräumt:

1. Erwerbstätigkeit, vor allem Minijobs und Teilzeitarbeit neben Kindererziehung und Pflege, lohnen sich kaum, weil die Sockelrente durch die zweite Stufe nicht wesentlich aufgestockt werden kann und viele Frauen (und deren Männer!) sich mit der Sockelrente zufrieden geben würden. Das traditionelle Rollenbild würde eher verfestigt.
2. Die Sockelrente garantiert keine Vermeidung von Altersarmut, schon weil sie das Wohnen nicht abdeckt, so dass eventuell zusätzliche Sozialleistungen in Anspruch genommen werden müssten, die Eigenständigkeit also gerade nicht erreicht wird. Der Wegfall der Witwenrente ist problematisch, solange es keinen adäquaten Ersatz gibt.
3. Kindererziehung und Pflege werden tendenziell schlechter abgedeckt als im heutigen Rentenrecht.
4. Die Einführung einer Mindestrente für alle Einkommensteuerpflichtigen in Form der Sockelrente, die auf den ersten Blick besticht, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die gesetzliche Altersversorgung im Cappuccino-Modell für alle, auch für die erwerbstätigen Frauen, stark nach unten nivelliert wird. Sie ist nicht geeignet, den Beitrag der Frauen in Familie, Gesellschaft und Arbeitswelt adäquat auszugleichen.
5. Die Stufe 2 des Cappuccino-Modells als Arbeitnehmersversicherung schreibt die Schwächen, die das heutige System hat, fort, ohne die Nachteile für Frauen auszugleichen.
6. Der lange Übergangszeitraum (von 50 Jahren) belastet fast zwei Generationen doppelt. Sie müssten für die Renten aus dem heutigen System aufkommen, die Bestandsschutz haben. Und sie müssten ihre eigenen Rentenanwartschaften durch Steuern und Beiträge finanzieren.

## D. Position des KDFB

Der KDFB bleibt bei seinen bisherigen Zielen und tritt dafür ein, dass das geltende Rentenrecht zu Gunsten der Frauen verbessert wird und dass die Lebensleistungen von Frauen gleich welchen Alters gleich bewertet werden. Insbesondere durch:

- Einbau von Mindestelementen bei langjähriger Versicherungszugehörigkeit, um Altersarmut zu vermeiden.
- Höhere Bewertung der Kindererziehung (z.B. Anerkennung von jeweils 3 Kindererziehungsjahren pro Kind unabhängig vom Geburtsdatum – mit dem Ziel, die Kindererziehungszeiten stufenweise auf 6 Jahre pro Kind auszudehnen), Pflege und ehrenamtlichen Arbeit.
- Ausbau der Arbeitnehmersversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, in der alle Erwerbstätigen versichert sind, damit sich die wichtigste Säule der Alterssicherung auf eine breitere Basis der Solidarität stützen und die wachsende Zahl derer, die heute schon nicht mehr ausreichend abgesichert sind, erfasst werden kann. Deutschland ist inzwischen das einzige Land, das an einer Arbeitnehmersversicherung festhält, obgleich sich die vielfältigsten Formen der Erwerbstätigkeit, bei Frauen und Männern, längst eingebürgert haben.

Der KDFB kann sich mit diesen zentralen Punkten, die zunehmend öffentlich diskutiert werden, in die politische Diskussion einmischen, ohne durch die Vorgaben des Cappuccino-Modells auf eine bestimmte Richtung festgelegt zu sein.

### Neuberufung der Kommissionen

Der Bundesausschuss hat für die Dauer von zwei Jahren vier Sachkommissionen und deren Mitglieder neu beziehungsweise wieder berufen:

#### **Gesellschaftspolitische Kommission**

Sie hat die Aufgabe, die Gremien des KDFB in sozial-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen insbesondere unter frauenpolitischen Aspekten zu beraten und Stellungnahmen zu erarbeiten.

#### **Internationale Kommission**

Ihre Aufgabe ist es, das Engagement des KDFB in internationalen Zusammenhängen zu begleiten, den Bundesvorstand bei entsprechenden Sachfragen zu beraten und den Kontakt zu internationalen Partnerorganisationen in diesem Arbeitsfeld zu fördern.

#### **Medienkommission**

Die seit 2003 ruhende Kommission wurde wieder eingesetzt. Zu ihren Aufgaben gehören die Beobachtung der Medienlandschaft, die Beratung bei der Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes sowie die Schulung und Information der Mitglieder des KDFB im Bereich der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit.

#### **Theologische Kommission**

Ihre Aufgabe ist die theologische Begleitung der Arbeit des KDFB auf Bundesebene. Die Kommission berät den Bundesvorstand in kirchenrechtlichen, theologischen und ethischen Fragen. Sie erarbeitet Stellungnahmen und bereitet Fach-Tagungen vor.

#### **Bildungskommission**

Die Bildungskommission ist vorerst nicht neu berufen worden. Ihre Aufgaben übernimmt in den nächsten zwei Jahren der Bundesvorstand.

*Gabriele Klöckner*

### Drei weitere Mitglieder in BAS kooptiert

Laut Satzung hat der Bundesausschuss die Möglichkeit, bis zu drei Mitglieder hinzuzuwählen (= kooptierte Mitglieder). Gewählt wurden

- Margret Müller, stellvertretende Vorsitzende des Diözesanverbandes Aachen und Vertreterin des KDFB in der Arbeitsgemeinschaft Interessenvertretung Alleinerziehender (AGIA)
- Dagmar Petermann, ehemalige Diözesanvorsitzende München-Freising
- Helga Sourek, Mitglied der Internationalen Kommission und Vertreterin des KDFB in internationalen Gremien.

gk

Pressemitteilungen

## Frauenbund enttäuscht über Bundestagsentscheidung

Köln, 11. April 2008 - Mit Enttäuschung reagiert der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) auf das Abstimmungsergebnis des Deutschen Bundestages, der sich mehrheitlich für eine einmalige Verschiebung des Stichtags im Stammzellgesetz ausgesprochen hat.

„Der Deutsche Bundestag hatte sich 2002 bewusst für den bisher geltenden Stichtag entschieden, um keine Anreize für eine verbrauchende Embryonenforschung zu schaffen“, so KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach, die als CDU-Bundestagsabgeordnete für eine Beibehaltung der bisherigen Regelung gestimmt hat. „Dieses Anliegen ist mit der heutigen Entscheidung in Frage gestellt worden. Es ist nicht nur davon auszugehen, dass weitere Verschiebungen folgen werden. Wir befürchten darüber hinaus eine Ausweitung der Forschung mit menschlichen embryonalen Stammzellen, bei der Embryonen systematisch getötet werden.“ Das Abstimmungsergebnis sei umso enttäuschender, weil sowohl die Stellungnahmen renommierter Wissenschaftler als auch jüngste Erfolge mit alternativen Forschungswegen deutlich gemacht hätten, dass eine Ausweitung der Importerlaubnis forschungspolitisch gar nicht notwendig sei.

Der KDFB hatte wiederholt an Politikerinnen und Politiker appelliert, die bisherige Stichtagsregelung beizubehalten. Die ethische Bewertung der Embryonalforschung dürfe nicht von wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Erfolgen abhängig gemacht werden, die zum Teil auch noch umstritten seien. Der Forschungsfreiheit stehe die im Grundgesetz verankerte Garantie der Menschenwürde entgegen. Außerdem sei in nächster Zukunft nicht zu erwarten, mit menschlichen embryonalen Stammzellen Therapien für unheilbare Krankheiten zu finden. Die Wissenschaft bewege sich hier seit fast einem Jahrzehnt noch auf dem schmalen Pfad der Grundlagenforschung.

*Redaktion: Gabriele Klöckner*

### Hinweis

- Siehe auch Reaktion des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) in der Rubrik „Verbände“, Seite 11
- Berichte und Meldungen in der Rubrik „Nachrichten“, Seite 11 ff

## Lebensrecht mit Selbstbestimmungsrecht vereinbaren!

### KDFB kritisiert Abstimmungsergebnis zum Europaratsbericht

Köln, 17.04.2008 Der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) kritisiert das Bestreben der Europarats-Parlamentarier, europaweit ein Recht auf risikofreie und legale Abtreibung innerhalb bestimmter Fristen zu ermöglichen, ohne dabei das Lebensrecht des ungeborenen Kindes und Hilfsangebote für Mütter in Konfliktsituationen zu berücksichtigen. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat sich am Mittwoch mehrheitlich für einen Entwurf der österreichischen Sozialdemokratin Gisela Wurm ausgesprochen, der unter anderem fordert, in den 47 Mitgliedstaaten des Europarates die wirksame Ausübung des Rechts von Frauen auf Abtreibung zu garantieren und alle Einschränkungen aufzuheben, die den Zugang zu einer sicheren Abtreibung behindern.

„Der Europarat setzt sich mit der Annahme des Berichts für ein Recht auf Abtreibung ein, das sich nicht mit dem Lebensrecht des ungeborenen Kindes vereinbaren lässt“, betonte KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach am Donnerstag hinsichtlich des Votums der Parlamentarischen Versammlung. Auch sei ein Recht auf Abtreibung nicht mit der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar, die den Schutz der Menschenwürde und der Menschenrechte zum Ziel habe. Das Recht auf Leben eines Ungeborenen sei ein unverrückbarer Bestandteil der Menschenwürde, das Recht auf Abtreibung sei jedoch kein vorbehaltloses Recht und weder im Europarecht noch im Völkerrecht festgeschrieben. „Ebenso wenig hält der Wurm-Bericht unsere gesellschaftliche Verpflichtung im Blick, die werdende Mutter in Schwangerschaftskonfliktsituationen zu beraten und zu unterstützen“, kritisierte Fischbach weiter.

Sinnvoller sei es, so die KDFB-Präsidentin, für die europäischen Mitgliedstaaten umfassende Hilfs- und Unterstützungsangebote für Frauen einzufordern und eine verpflichtende Schwangerschaftsberatung zu etablieren. Diese lasse Frauen in Konfliktsituationen auch noch die Möglichkeit offen, sich für das Kind zu entscheiden. Der KDFB schließt sich damit der Position der Föderation der katholischen Familienverbände in Europa (FAFCE) an, die sich bereits vor den Abstimmungen gegen den Berichtsentwurf mit dem Titel „Zugang zu sicherer und legaler Abtreibung in Europa“ ausgesprochen haben.

*Redaktion: Susanna Biskup*

#### Hinweis

- Reaktion von Donum Vitae in der Rubrik „Verbände“, Seite 3
- Reaktion der Katholischen Familienverbände Europas in der Rubrik „Verbände“, Seite 7
- Reaktion des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen in der Rubrik „Verbände“, Seite 10
- Bericht in der Rubrik „Nachrichten“, Seite 13

### Gleiche Bezahlung für gleichwertige Leistung!

#### KDFB beteiligt sich am Equal Pay Day und bekennt symbolisch Farbe

Köln 14.04.2008 Zum Equal Pay Day am 15. April bekennt auch der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) politisch Farbe und zeigt sich solidarisch mit allen Arbeitnehmerinnen. „Für gleichwertige Arbeit sollen Frauen genau so viel verdienen wie ihre männlichen Kollegen“, forderte KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach anlässlich des Aktionstages, der vom Frauenberufsnetzwerk Business and Professional Women (BPW) Germany e.V. erstmals für Deutschland ins Leben gerufen worden ist. Unter dem Motto „Bekommen Sie, was Sie verdienen?“ ist der Equal Pay Day Auftakt für eine Reihe von bundesweiten Veranstaltungen, die das Thema Entgeltgleichheit erlebbar und nachvollziehbar machen sollen.

„Frauen sind so gut ausgebildet wie nie zuvor. Auf diese hoch qualifizierten Kräfte kann unsere Wirtschaft heute nicht mehr verzichten – das muss auch beim Entgelt deutlich werden“, betonte Fischbach. Bereits im Vorfeld des Aktionstages habe der KDFB daher die Bundesregierung in einem Antrag aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die immer noch vorhandene Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern bei gleichwertiger Arbeit und Qualifikation zu beheben.

Zur Begründung des Antrags erklärte Fischbach: „Deutschland gehört zu den EU-Mitgliedsstaaten mit der größten Ungleichheit bei der Entlohnung von Frauen und Männern. Der durchschnittliche Verdienst von Frauen liegt im europäischen Durchschnitt um 15 Prozent unter dem der Männer, in Deutschland sogar um 22 Prozent.“

Verschiedene Studien hätten außerdem deutlich gemacht, dass im internationalen Vergleich die Lohneinbußen von Frauen in jenen Ländern besonders groß sind, in denen Frauen erziehungsbedingt ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen – so wie in Deutschland.

Der Frauenbund bekennt auch mit der „Initiative rote Tasche“ Farbe, mit der das BPW-Aktionsbündnis aus Frauenverbänden und aus Bereichen der Wirtschaft symbolisch auf die roten Zahlen in den Geldbörsen der Frauen hinweist. Im Rahmen des KDFB-Bundesausschusses haben sich zu diesem Zweck Frauenbundsfrauen vor dem Helene-Weber-Haus in Berlin mit einer roten Tasche fotografieren lassen.

*Redaktion: Susanna Biskup*

#### Hinweis

Zur Entgeltgleichheit siehe auch

- Antrag des BAS in der Rubrik „Bundesverband“, Seite 5;
- Deutscher Frauenrat in der Rubrik „Verbände“, Seite 2
- Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung, Rubrik „Verbände“, Seite 6
- Rubrik „Nachrichten“, Seite 2 ff

### Weltfrauentag 2008

#### **Viel geschafft, aber noch immer Defizite**

Köln, 07.03.2008 „Auch wenn das passive Wahlrecht für Frauen dazu geführt hat, dass Frauen inzwischen auf allen Ebenen der Politik wichtige Positionen bekleiden, können wir uns nicht auf dem Erreichten ausruhen“, mahnt Ingrid Fischbach, Präsidentin des Katholischen Deutschen Frauenbundes e.V. (KDFB) anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März. Fischbach, die zugleich Mitglied des Bundestages ist, zog am Freitag in Berlin eine kritische Bilanz.

„Seit der Einführung des Frauenwahlrechts am 12. November 1918 ist ein langer Weg zurückgelegt worden, der sich oftmals als steinig, aber oft auch als bahnbrechend erwiesen hat.“ Mit dem Slogan „Frauen wählen Frauen“ habe der KDFB mit dazu beigetragen, dass in vielen Parlamenten der Anteil der Frauen inzwischen deutlich gestiegen sei. Für die Durchsetzbarkeit der Fraueninteressen sei damit eine wichtige Voraussetzung geschaffen worden. „Fast 90 Prozent der wahlberechtigten Frauen machten damals von ihrem neuen Wahlrecht Gebrauch.“

Die KDFB-Präsidentin erinnerte an das politische Engagement des Frauenbundes, der schon lange vor den ersten Wahlen zur Nationalversammlung politische Schulungskurse für Frauen veranstaltet hatte. 37 weibliche von insgesamt 423 Abgeordneten schafften dann gleich den Einzug ins Parlament. „Das ist eine Quote, die erst wieder nach den Bundestagswahlen 1987 erreicht wurde“, bemerkte Fischbach anerkennend.

Die sechs Frauen, die dem Zentrum als Reichstagsabgeordnete angehörten und die Weimarer Verfassung mit beeinflussten, waren alle Mitglieder des Katholischen Frauenbundes. Auch die drei Frauen des Reichstagsvorstandes waren Frauenbundsfrauen: Hedwig Dransfeld, Helene Weber und Christine Teusch.

„Die Stimme in Politik und Gesellschaft geltend zu machen und auf die Herausforderungen der Zeit zu reagieren, ist bis heute eines der Grundprinzipien des Frauenbundes“, sagte Fischbach. In gezielten Aktionen habe der Frauenbund über Jahrzehnte hinweg immer wieder auf sich aufmerksam gemacht und in Politik und Gesellschaft viel bewegt: sei es durch eine Unterschriftenaktion im Rahmen einer Abrüstungskampagne, durch Proteste gegen Massenvergewaltigungen im Krieg auf dem Balkan oder durch seine Beteiligung an größeren Demonstrationen wie beim Weltwirtschaftsgipfel im Jahr 2000.

„Die Erfolge des Frauenbundes können und dürfen aber nicht darüber hinweg täuschen, dass wir auch 90 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts noch deutliche Defizite haben. Mit Sorge beobachten wir, dass ein großer Anteil von Frauen heute nicht wählt und dass sich zu wenige Frauen in der Politik engagieren. Es gilt also, das politische Engagement von Frauen noch mehr in den Focus der Gesellschaft zu rücken“, forderte Fischbach.

*Redaktion: Susanna Biskup / Gabriele Klöckner*

### **KDFB fordert: Opfer von Zwangsprostitution besser schützen**

#### **Frauenbund setzt sich für einheitliche Gesetze und gegen Abschiebung ein**

München. 07.03.2008. „Politikerinnen und Politiker müssen jetzt endlich auf die Notsituation der Opfer von Zwangsprostitution und Menschenhandel reagieren und mit geeigneten Gesetzen gegensteuern“. Waltraud Deckelmann, die Vorsitzende des Bayerischen Landesverbandes des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) wendet sich anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März an den Bayerischen Innenminister. Der Frauenbund fordert deutschlandweit einheitlich Gesetze und Verordnungen bezüglich Aufenthalt und Lebensunterhalt der Frauen. Bisher habe erst etwa die Hälfte der Bundesländer ein Kooperationskonzept verabschiedet.

„Der besondere Schutz von Minderjährigen und Kindern ist unbedingt notwendig. Wir fordern die intensive Überwachung und Kontrolle der „Interessenten“ und potenziellen Täter durch entsprechend geschultes Polizeipersonal. Festnahme, Gerichtsurteil und Strafe müssen zeitnah erfolgen, um eine erneute Gefährdung der Opfer zu vermeiden“ so Waltraud Deckelmann. Die schnelle und anonyme Unterbringung der aus dem Milieu genommenen Frauen sowie deren Unterhalt bis zum Prozessende, Fachberatung, Rechtsvertretung, medizinische Hilfe und psychotherapeutische Betreuung müsse nach Ansicht von Deckelmann finanziell abgesichert sein.

„Wir fordern, abgeschöpfte Gewinne in zweckgebundene Fonds einfließen zu lassen, deren Mittel den Opfern zugute kommen“ so Elisabeth Popp, die Vorsitzende des Regensburger Diözesanverbandes des KDFB. In ihrer Region befasst sich ein Arbeitskreis des Frauenbundes seit Jahren intensiv mit allen Facetten von Menschenhandel und Zwangsprostitution.

Ein weiteres Anliegen des Frauenbundes: Während der oft langen Wartezeit auf den Gerichtsprozess soll der Opferzeugin ein Intensiv-Deutschkurs ermöglicht werden, um sich auch ohne Unterstützung einer Dolmetscherin verständigen zu können.

In anderen europäischen Ländern findet der KDFB nachahmenswerte Vorgehensweisen: Nach „Italienischem Modell“ soll Opferzeuginnen ein Aufenthaltstitel und eine Arbeitserlaubnis zugestanden werden, bei Gefährdung im Heimatland auch nach Prozessende. Ebenso muss im Heimatland verbliebenen Kindern Nachzugsrecht gewährt werden, um auch sie vor möglichen Racheakten durch Angehörige des Täterkreises zu schützen.

Der Bayerische Landesverband des Katholischen Deutschen Frauenbundes ist mit 190.000 Mitgliedern der größte Frauenverband Bayerns. Sein Engagement gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution wurde im Jahr der Fußball-Weltmeisterschaft der Männer einer breiten Öffentlichkeit bei einer Plakat- und Postkartenaktion bekannt.

*Redaktion: Ulrike Müller-Münch*

## 10 Jahre Tag der Diakonin

### Diakoninnenamt: Es ist höchste Zeit!

#### **Katholischer Deutscher Frauenbund feiert 10 Jahre „Tag der Diakonin“ und fordert Anerkennung des sakramentalen Diakonats für Frauen**

Köln, 22.04.2008 Am 29. April jährt sich der „Tag der Diakonin“, der vom Katholischen Deutschen Frauenbund e.V. (KDFB) zur Anerkennung diakonaler Dienste von Frauen 1998 ins Leben gerufen worden war, zum zehnten Mal. Der 29. April ist der Todes- und Gedenktag der Katharina von Siena, die neben voller Hingabe für Kranke und Arme im ausgehenden 14. Jahrhundert auch Bischöfe bis hin zum Papst politisch beriet und als Vermittlerin bei Friedensverhandlungen auftrat. Im Jahr 1461 war sie von Papst Pius II. heilig gesprochen und 1999 von Papst Johannes Paul II. zur Schutzheiligen Europas ernannt worden.

„Katharina von Siena ist nicht nur in karitativer Hinsicht ein Vorbild für die damalige und heutige Zeit, sondern sie war auch eine Persönlichkeit, die sich mutig in Politik, Kirche und Gesellschaft eingebracht hat und von einflussreichen Kirchenmännern wegen ihrer Weisheit sehr geschätzt wurde“, sagte KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach anlässlich des Festtages. Sich aktiv für Geschlechtergerechtigkeit in Politik, Kirche und Gesellschaft einsetzen – dies sei genau das Anliegen des KDFB mit seinen heute rund 220.000 Mitgliedern. „Den Gedenktag feiern wir nun zum zehnten Mal in der Zuversicht, dass sich auch die Bischöfe und der Papst dazu bewegen lassen, neue und notwendige Wege zu gehen“, sagte Fischbach. „Gut achtzig Prozent aller diakonischen Aufgaben in der Kirche werden bereits von Frauen geleistet. Es ist höchste Zeit, dass die römisch-katholische Kirche den sakramentalen Diakonats für Frauen anerkennt und damit auch diejenigen Frauen eine Weihe erhalten, die sich speziell auf das Diakoninnenamt vorbereitet haben“, forderte die Präsidentin.

In zwei Diakonatskreisen, von 1999 bis 2002 und von 2003 bis 2006, haben bislang 23 Frauen eine Schulung erhalten, die der Ausbildungsordnung für männliche Diakone entspricht. Sie engagieren sich in bis zu 60 pastoralen Diensten wie zum Beispiel in Wortgottesdienstfeiern, bei der geistlichen Begleitung von Ausgegrenzten oder bei der Trauerarbeit. Organisiert wird die Ausbildung durch das „Netzwerk Diakonats der Frau“, das vom KDFB mitgetragen wird.

„Dass Frauen seit zehn Jahren im Rahmen des Netzwerkes ausgebildet und geistlich begleitet werden, sollte allen Verantwortlichen in der Kirche großen Respekt abfordern“, betont Claudia Nietsch-Ochs, Geistliche Beirätin des KDFB auf Bundesebene. Dies sei sehr mutig, gerade weil die Forderung nach der Zulassung von Frauen zur Diakoninnenweihe seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) vom Vatikan noch ungehört im Raum stehe. „Es verwundert nicht, dass vor mehr als zehn Jahren auf einem theologischen Fachkongress in Stuttgart die Vorstellung eines Netzwerkes für Frauen ein großes Echo gefunden hat“, erklärt die Theologin.

Der Tübinger Dogmatiker Peter Hünermann – Mitbegründer des Netzwerkes Diakonats der Frau – habe immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, die pastoralen Dienste neu zu ordnen und zu professionalisieren. Die Zulassung von Frauen zum Diakonats, so Hünermann, würde einen großen Impuls auslösen. Im Vorwort einer Dokumentation zum theologischen Fachkongress 1997 in Stuttgart erläutert Hünermann, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer seien sich einig gewesen, dass die Argumente der Kritiker gegen die Zulassung von Frauen zum Diakoninnenamt auf kultu-

rellen und gesellschaftlichen Voraussetzungen basierten, die nicht mehr gegeben seien und von der katholischen Kirche ausdrücklich zurückgewiesen worden seien. Papst Johannes Paul II. habe die Leugnung der realen Gleichberechtigung der Frau sogar als eine strukturelle Sünde bezeichnet.

„Im Rückblick auf die biblische und kirchliche Geschichte ist das meiste gesagt und bedacht. Bis ins 12. Jahrhundert hat es Diakoninnen in der Kirche gegeben – diese Tradition ist unbestritten“, so Nietsch-Ochs weiter. Notwendig sei jedoch der Blick nach vorn: Die sozialen Gesellschaftsstrukturen müssten dringend neu geordnet und bewertet werden. In der katholischen Kirche seien Frauen heute in vielfältiger Weise diakonisch tätig. „Die sakramentale Einbeziehung der Frauen in alle kirchlichen und diakonischen Strukturen, auch als geweihte Diakoninnen, wäre ein starkes, sinnvolles und notwendiges Zeichen für die Zukunft“, ist sich Nietsch-Ochs sicher.

*Redaktion: Susanna Biskup*

### Frauen-Predigtwettbewerb

#### Beiträge zum 2. Frauen-Predigtwettbewerb bis Ende Mai einreichen

Der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) und der Deutsche Evangelische Frauenbund (DEF) haben zum zweiten Mal gemeinsam zu einem Frauen-Predigt-Wettbewerb aufgerufen. Der Preis in Höhe von 2.000 Euro soll deutschsprachige Beiträge von Frauen auszeichnen, die deutlich machen, dass Predigt – recht verstanden – kein Monolog ist, sondern zu einem Dialog zwischen Predigerinnen und Hörerinnen beiträgt. Der Wettbewerb ist ökumenisch ausgeschrieben, um auch katholische Frauen zu ermutigen, ihre Beiträge der Glaubensverkündigung sichtbar zu machen.

Bei den Predigten soll „Maria“ im Mittelpunkt stehen. Zugelassen sind Predigten, die in einem Gottesdienst von Frauen gehalten wurden, sowie Andachten von Frauen für Frauen. Wettbewerbsbeiträge können nur von den Mitgliedern des KDFB und des DEF eingereicht werden. Sie können sich mit eigenen Predigten beteiligen oder den Beitrag einer anderen Frau als wettbewerbswürdig vorschlagen. Die Wettbewerbsbeiträge sind per E-Mail, Fax oder auf dem Postweg unter Angabe von Name und Anschrift der Predigerin sowie Datum und Anlass der Predigt / Andacht bis zum 31. Mai 2008 bei der Bundesgeschäftsstelle des KDFB einzureichen. Spätere Einsendungen werden nicht berücksichtigt.

Die Schirmherrschaft für den Frauen-Predigt-Wettbewerb liegt bei der ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretärin Christa Nickels (Bündnis 90/Die Grünen), die Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken ist. Der Preis wird im Rahmen des Ökumenischen Kongresses verliehen, der am 8./9. November 2008 in Augsburg stattfindet. Er steht unter dem Thema „Auf dem Weg nach Eden – Schöpfungsspiritualität“ und wird von der Theologischen Kommission des KDFB und vom DEF vorbereitet.

*Gabriele Klöckner*

## Namen

**Verena Maria Kitz**, Pastoralreferentin im Bistum Limburg und ehemaliges Mitglied der Bildungskommission des KDFB, ist neu im Team der Sprecher und Sprecherinnen des „Wort zum Sonntag“. Die Theologin wurde von der ARD für zwei Jahre verpflichtet und wird sechsmal im Jahr den FernsehzuschauerInnen am Samstagabend einen geistlichen Impuls geben. Ihren ersten Auftritt hatte Verena Kitz am Ostersonntag. Als Frau in der Kirche an sichtbarer Stelle präsent und vernehmbar zu sein, diese Herausforderung nimmt sie gerne an. Weitere Informationen im Internet unter <http://www.daserste.de/wort/>. Dort können sowohl Videos der Sendungen (unter „Aktuelles“) als auch die Texte (unter „Archiv“) heruntergeladen werden. *gk*

## Zeitschrift: Themenvorschau

### Heft 06/08

- Leben auf dem Dorf (Gaby Klöckner)
- Angststörungen (Karin Schott)
- Frauen und Sport (Claudia Klement-Rückel)

### Heft 07/08

- Scheidung (Susanne Zehetbauer)
- Neue Pilgerwege in Deutschland (Anne Granda)
- Treibstoff statt Brot (Claudia Klement-Rückel)

### Heft 08 + 09/08

- Der Wert des Sonntags (Maria Sileny)
- Heilpflanzen (Daniela Kreuzer)
- Kurzgeschichte (Eva Gras)

Haben Sie Anregungen zu den einzelnen Themen (fachkompetente Interviewpartnerinnen; Projekte im Frauenbund, Buchhinweise ...)? Dann melden Sie sich bitte bei der Redaktion:

Redaktionsbüro Köln/Geldern:  
Tel. 02831/ 9 44 72, Fax: 02831/ 22 84,  
Email: [gabriele.kloeckner@t-online.de](mailto:gabriele.kloeckner@t-online.de)

Redaktionsbüro München:  
Tel. 089/28 62 37 30, Fax: 089/28 62 37 33, Email: [engagiert@t-online.de](mailto:engagiert@t-online.de)